

Dr. h. c. Hans Michelbach

- (A) Die Leistungsbereitschaft kann nur im Rahmen einer Steuerstrukturreform mit Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit gefördert werden. Mit den Korrekturen bei der Unternehmen- und Erbschaftsteuer sowie bei der Familienförderung haben wir schon jetzt einen wesentlichen ersten Schritt in die Zukunft gemacht. Dieser Weg muss weitergegangen werden; denn nur allein über Leistungsanreize ist eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen möglich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir liegen jetzt bei einer **Steuerquote** von über 24 Prozent – der Kollege Schneider hat von 25 Prozent gesprochen – gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Das ist ein Höchststand; so hoch war diese Quote noch nie. Wir müssen schrittweise auf eine Steuerquote von 22 Prozent zurückkommen. Damit würden wir international in der Mitte liegen. Das würde uns als großer Industrienation gut anstehen. Die Denkart, dass das Geld der Bürger automatisch dem Staat zusteht, ist doch nicht richtig. Zunächst gehört dieses Geld den Bürgern und nicht dem Staat. Das kennzeichnet das grundsätzliche Verhältnis der Bürger zum Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie sagen, die Reichen müssten immer mehr Leistungen für diesen Staat erbringen, dann muss ich Ihnen deutlich sagen: Sie können diese Schraube auch überdrehen. 50 Prozent der oberen Hälfte der Steuerzahler zahlen über 90 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Deutschland. Das sind die Leistungsträger und die Leistungswilligen. Diese können Sie nicht laufend bestrafen. Das ist eine falsche Politik, die ins Abseits führt.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich ist das Verhältnis der Bürger zum Staat auch unter der Maßgabe „Arbeit muss sich lohnen“ zu sehen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. 100 000 weniger Arbeitslose erbringen eine Finanzverbesserung im Bereich der öffentlichen Kassen von 2 Milliarden Euro. Daran sieht man, dass die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sich für die öffentliche Hand sehr positiv auswirkt. An dieser Stelle muss man ansetzen. Man darf aber nicht – andersherum – die Schraube immer fester drehen und letzten Endes überdrehen. Ich halte es daher für richtig, dass wir unter Beachtung ökonomisch wichtiger Grundsätze die Realwirtschaft weiterhin fördern.

Es gibt natürlich **Probleme am Finanzmarkt**. Unsere Unternehmen klagen über Finanzierungsprobleme. Das Leistungsvermögen unserer Betriebe kann aber nur mit einer Sicherung der Finanzierung gefördert werden. Die Zeche im Hinblick auf die Bankenkrise darf natürlich nicht die Realwirtschaft zahlen,

(Zuruf von der SPD: Wer dann?)

und vor allen Dingen darf es nie wieder zu einer Wiederholung einer solchen Krise kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Es ergeht der Aufruf an die verantwortlichen Marktteilnehmer, dass sie Risiko und Haftung übernehmen müssen. Es ist wichtig, dass wir eine **neue Wirtschaftsethik** voranbringen, die beinhaltet, dass Risiko und Haftung zusammengehören. Es darf nicht sein, dass an den Finanzmärkten Anreize geschaffen werden, Geschäfte mit hohen Risiken und mit entsprechenden Ertragschancen zu tätigen, bei denen die Gewinne privatisiert, aber etwaige Verluste sozialisiert werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Michelbach.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Präsident, ich habe verstanden.

Die Koalition ist auf einem guten Weg, zum Wohle der Menschen unseres Landes voranzukommen. Diese Koalition hat ein besseres Konzept für die Zukunft mit den Schwerpunkten Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand, Konsolidierung und Krisenbekämpfung. In diesem Sinne ist dieser Haushalt ein neuer und guter Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat die Kollegin Petra Merkel das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will drei Gedanken aufgreifen, die in dieser Woche bei der Diskussion um den Haushalt 2010 eine Rolle gespielt haben. Richtig, es ist der erste Haushalt, den die neue schwarz-gelbe Regierung vorgelegt hat, und er lässt durchaus ihre Handschrift erkennen, zum Beispiel bei diesem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Diese 10 Milliarden Euro hätten Sie sich sparen können, und sie schaffen auch kein Vertrauen. Ich bin sicher, dass viele Kolleginnen und Kollegen, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger wissen, dass das dicke Ende noch kommt,

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Mal abwarten!)

und zwar spätestens dann, wenn Sie, Herr Finanzminister Schäuble, am 30. Juni dieses Jahres den Haushalt für das Jahr 2011 mit der mittelfristigen Finanzplanung im Kabinett beschließen werden. Herr Finanzminister Schäuble, bis zum Sommer sind es gerade einmal noch fünf Monate. Dass Sie aber die Karten noch nicht auf den Tisch legen und nicht sagen, wo Sie Kürzungen vornehmen wollen, hängt ganz offensichtlich mit dem Wahltermin in NRW zusammen. Das wissen ja alle.

Sie können sich auch nicht mit der Behauptung retten, die Steuerschätzung im Mai abwarten zu müssen. Sie wissen als alter Fuchs genau, wie es um die Finanzen

Petra Merkel (Berlin)

- (A) steht. Sie als Finanzminister kennen die Zahlen und wissen, dass das dicke Ende noch kommt und die **Deckungslücke** mindestens 85 Milliarden Euro ausmacht.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Ihr wisst es so gut, weil Ihr es zu verantworten habt!)

Sie wissen genau, dass Sie im Haushalt 2011 mindestens 10 Milliarden Euro bis 15 Milliarden Euro einsparen, das heißt kürzen, müssen, um die Schuldenregel einzuhalten. Sie wissen, dass aufgrund der Schuldenregel bis 2016 jährlich strukturell mindestens 10 Milliarden Euro gekürzt werden müssen. Das bedeutet, dass Sie innerhalb der nächsten sechs Jahre strukturelle Kürzungen von weit über 60 Milliarden Euro im Haushalt vornehmen müssen.

Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken, vor allem nicht wegen Ihres Koalitionspartners, der außerdem noch Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro fordert. Die entsprechenden Mittel werden jedes Jahr fehlen. Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie schlaflose Nächte haben.

Eigentlich, Herr Finanzminister, genießen Sie eine große Unabhängigkeit. Sie könnten durchaus sagen, was Sache ist, und den Ministerien bei der Aufstellung des Haushalts 2011 entsprechend Ihrer goldenen Regel Kürzungsvorgaben machen. Sie könnten einen klaren, im Kabinett abgestimmten Weg weisen – wenn nicht dieser **Wahltermin in NRW** wäre. Außerdem könnten Sie als Finanzminister verhindern, dass der von der FDP vorgeschlagene Unsinn von Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro umgesetzt wird.

(B)

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das musste mal wieder gesagt werden! Darauf haben wir schon den ganzen Tag gewartet!)

Ich drücke Ihnen die Daumen und sage: Bleiben Sie standhaft! In dem Punkt haben Sie uns an Ihrer Seite.

Wir sind einigermaßen gut durch die Krise gekommen, weil der Staat handlungsfähig gewesen ist. In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Große Koalition sich in weiten Teilen richtig verhalten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das lag an uns!)

Die Konjunktur wurde nicht kaputtgespart, es wurden Schutzschirme gespannt – und zwar nicht nur für die Banken, sondern auch für Arbeitsplätze –, es gab Bürgerschaftsprogramme – und zwar nicht nur für große, sondern auch für kleine Unternehmen –,

(Beifall bei der SPD)

und es wurden Investitionsprogramme für die Bildung aufgelegt, die auch in Ländern und Kommunen unterstützt worden sind. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass Deutschland bis jetzt einigermaßen gut durch die Krise gekommen ist. Die Kurzarbeit hat die Betriebe stabilisiert und vielen Menschen bis jetzt ihren Arbeitsplatz erhalten. Jeder hofft, dass es keine Entlassungswelle geben wird – auch nicht nach den Wahlen in NRW.

Wir sind einigermaßen gut durch die Krise gekommen, weil der Staat handlungsfähig war und der Staat

eingesprungen ist, als die Bankenkarte im Dreck steckte, und dafür Schulden in nie gekannter Höhe aufgenommen hat, und zwar unter Beteiligung der FDP. Auf einmal war der Staat gefragt, ja sogar gefordert. Auf einmal konnte keine Summe für die Konjunkturpakete zu groß sein. Sie können sich sicher daran erinnern, dass wir mit England und Amerika verglichen wurden. Nicht Kleckern, Klotzen war damals angesagt. So lauteten auch die Forderungen in den Medien.

(C)

Gerade deshalb bin ich über das **Staatsverständnis der FDP** entsetzt. „Liberal“ war einst ein stolzes Wort. Die FDP stand in früheren Jahrzehnten für einen Liberalismus im guten Sinne.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das entscheiden Sie doch nicht!)

Ich erinnere nur an Namen aus der Anfangszeit der Bundesrepublik wie Theodor Heuss und Thomas Dehler, an Namen aus den 70er- und 80er-Jahren – an diese Zeit kann ich mich gut erinnern – wie Walter Scheel, Hildegard Hamm-Brücher und Karl-Hermann Flach

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Und bei euch ist es Oskar Lafontaine!)

sowie an die Namen zweier weiterer Personen, die uns als liberale Rechtspolitiker im Gedächtnis bleiben werden – auch wenn die FDP das vielleicht gar nicht mehr will –, nämlich Gerhart Baum und Burkhard Hirsch. Doch mit diesen großen Namen ist es längst vorbei. „Liberal“ war früher ein stolzes Wort. Was ist daraus geworden?

(D)

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Was ist mit Oskar Lafontaine?)

Ich bin nicht die Erste, die sich in dieser Woche mit Herrn Lindner, dem Generalsekretär der FDP, beschäftigt, weil sein Staatsverständnis den Wandel des Begriffs „liberal“ in erschreckender Weise deutlich macht.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Was ist aus euch geworden?)

Ich habe auch keine Intervention von der FDP gehört.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: So ein wirres Zeug! Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Am 2. Januar 2010 druckte der *Tagesspiegel* folgende Aussage von Herrn Lindner:

Gegenwärtig ist der Staat ein teurer Schwächling, der sich immer mehr Einfluss anmaßt.

„Der Staat ein teurer Schwächling“ – das macht unseren Staat lächerlich.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das war ein Zitat von Dahrendorf!)

Das zeugt von einer verächtlichen Haltung und verhöhnt die Demokratie. Herr Lindner spielt denen die Argumente zu, die sich aus Politikverdrossenheit von den Parteien abwenden und die die parlamentarische Demokratie bekämpfen.

Petra Merkel (Berlin)

(A) (Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wer hat Ihnen das bloß aufgeschrieben?)

Noch einmal: Es war und ist doch der **Staat**, der mit seinem raschen und gezielten Eingreifen bisher die schlimmsten Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise in Deutschland verhütet hat. Unser Staat, der seine Kernaufgaben wahrnimmt und dabei in aller Öffentlichkeit von den Parlamenten in den Gemeinden, den Bundesländern und bei uns im Bundestag auch in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern kontrolliert wird, gefährdet nicht die Freiheit, wie Herr Lindner schwarzmalzt, sondern er sichert die Freiheit.

Herr Lindner, unser Staat ist zum Glück kein teurer Schwächling. Unser Staat ist stark, und er braucht geregelte **Einnahmen**, um seine Aufgaben zu erfüllen. Deshalb heißt Steuersenkung nicht – wie die FDP verkündet – Freiheit. Steuersenkung bedeutet: mit Volldampf in die Umverteilung, mit Volldampf in die Handlungsunfähigkeit, mit Volldampf in eine dramatische Lage der Kommunen und Länder, mit Volldampf in einen Staat ohne solidarische Sozialsysteme. Sie müssen es sich immer wieder anhören: Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten.

Viele Menschen in diesem Land allerdings wollen und brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat mit einem solidarischen Rentensystem, mit einem solidarischen Gesundheitssystem und mit niedrigen Abgaben bei der Arbeitslosenversicherung – das ist mein dringlichstes Anliegen; denn ich denke, dass Sie da in jedem Fall rangehen. Viele Menschen in diesem Land brauchen einen Staat, der sie bei Arbeitslosigkeit und Krankheit stützt. Viele Menschen wollen eine starke Gemeinde, eine starke Stadt und ein starkes Bundesland mit einer guten Verwaltung. Viele Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat die Priorität in Bildung, in Krippen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsausbildung und Universitäten setzt. Und diese Staatsausgaben sind ihr Geld wert.

All das wird durch eine FDP gefährdet, die nichts anderes als Steuern-Senken im Kopf hat. **Steuersenkungen** heißt für die Kommunen und für die Länder: Sie müssen ausbaden, was von Ihnen durch 24 Milliarden Euro Steuersenkungen angerichtet wird. Statt mehr netto vom Brutto für einen kleinen Teil der Bevölkerung heißt es dann für viele: höhere Abgaben und Gebühren, bei den Kindertagesstätten, beim Abwasser oder bei der Müllabfuhr. Das dicke Ende kommt noch.

Mich hat ein Beitrag von Gert G. Wagner an Weihnachten im *Tagesspiegel* aufmerksam gemacht, in dem er sich mit der kürzlich veröffentlichten Studie der Sozialkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland beschäftigt:

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass in Deutschland in den nächsten Jahren die Steuern steigen. Nur so lässt sich die Krisenbewältigung finanzieren. Die Regierung wird sich damit aber sehr schwer tun, da große Teile der Koalition seit Jahren ganz auf Steuersenkungen gesetzt haben. Die Politik hat damit ein Weltbild geschaffen, in dem Be-

steuerung als etwas Unanständiges gesehen wird, als eine Art Raub durch den Staat. (C)

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Stimmt ja auch!)

Und weiter:

Dass Steuern zu einem menschenwürdigen Staatswesen gehören, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber sie wurde in den letzten Jahren immer wieder stark angezweifelt. Der Boulevard feiert Steuerhinterzieher regelrecht. ... Doch es kann nicht die Lösung sein, die Finanzierung des Staates dem Gusto der Wohlhabenden zu überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit meiner SPD-Fraktion der Überzeugung: Diejenigen, die vom schnellen Eingreifen des Staates profitiert haben, müssen stärker beteiligt werden. Ein Beitrag wären die Börsenumsatzsteuer und die Transaktionssteuer. Wir streiten für einen Bildungssoli zur Finanzierung des Bildungssystems. Wenn 2012 der Bankrettungsschirm zugeklappt wird, muss den Banken die Rechnung präsentiert werden. Dann würde das Ende nicht mehr ganz so dick kommen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Volker Wissing für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Besten Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Satz zu Herrn Bartsch. Es ist immer ärgerlich, wenn Sie von der Linken hier über Finanzkrise und Banken sprechen und kein Wort zu den öffentlichen, staatlichen Banken verlieren; denn dort wurde mit der größte Unfug angerichtet, den wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auszubaden haben. Auch das gehört zur Wahrheit, Herr Bartsch.

(Beifall bei der FDP – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das war eine schwarz-gelbe Veranstaltung!)

Zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Sie regen sich seit Wochen fürchterlich über das Thema „steuerliche Entlastung“ auf.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Über Ihren Staatsbankrott!)

Die Kollegin Merkel sagte eben, das sei Unsinn und alles ganz schlimm. Sie erfinden tolle Begriffe wie „Steuergeschenke“.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die Begriffe gab es schon vorher!)

Sie haben nichts ausgelassen. Ich will Sie einladen, mit uns sachlich über Steuerpolitik zu sprechen und zunächst